

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 233

Christoph Böhr

Die Vision der Verantwortungsgesellschaft

Politik in einer Zeit des Umbruchs

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

Kirche, Politik und Gesellschaft

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Familie

Schöpfungsverantwortung und Ökologie

Europa und Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61 / 20 70 96 · Fax 0 21 61 / 20 89 37

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

1996

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1265-6

Alles scheint im Fluß zu sein seit jener unerhörten Begebenheit in den Novembertagen des Jahres 1989, dem Beginn eines europäischen Lebens, das die alte Ordnung des Kontinents bis auf die Grundfesten zerstörte. Seit jenem Schlüsseljahr der deutschen und der europäischen Geschichte spüren die Menschen mehr und mehr, daß sich die Welt - und die europäische zumal - gründlich verändert hat. Nichts ist mehr so, wie es einmal war - und nichts wird wieder so werden, wie es früher einmal war. Alte Sicherheiten gelten nicht mehr, liebgewonnene Orientierungen erweisen sich als nicht mehr tragfähig. Wir leben an der Schwelle zu einer neuen Epoche. Uns befremdet diese Situation des Übergangs. Manche empfinden geradezu Angst vor der Ungewißheit. Und tatsächlich stehen wir inmitten eines revolutionären Umbruchs, der durch die friedliche Revolution 1989 in Europa ausgelöst wurde und inzwischen nicht nur die mittel- und osteuropäischen Völker, sondern längst auch uns, die Deutschen und die Westeuropäer, erfaßt hat. Da ist die Verführung groß, auf alte und liebgewonnene Antworten zurückzugreifen, um dann doch sehr schnell festzustellen, daß sich mit den herkömmlichen Denkgewohnheiten die neue Situation nicht bewältigen läßt.

Wen kann es da verwundern, daß die Politik gelegentlich hilflos erscheint, nur zögerlich die neuen Fragen aufgreift und gelegentlich den Eindruck erweckt, vor den ungeahnten Dimensionen der neuen Herausforderung zurückzuschrecken. Und doch ist gerade das eine ungleich faszinierende Aufgabe, die sich der Politik heute stellt: in einer unbekanntem Landschaft und in unwegsamem Gelände nach Wegen zu suchen, die zum Ziel führen. Mir scheint, daß manchmal auch deshalb so viel Verdruß über die Politik laut wird, weil die Parteien kaum noch die Kraft zu haben scheinen, Vorreiter zu sein in dem Bemühen einer Zuspitzung im Aufriß politischer Alternativen. Diese Aufgabe ist unbequem. Wenn sie unerledigt bleibt, weil parteiinterne Satzungsbestimmungen über die Quoren bei Vorstandswahlen mehr die Gemüter erhitzen als die Zukunft der Rentenversicherung, darf sich niemand wundern, wenn das Unbehagen immer größer wird.

Im folgenden soll etwas zur Topographie der deutschen und der europäischen Politik in diesen nachrevolutionären Jahren des Umbruchs gesagt werden. In sieben Schritten werden Ziele und Wege beschrieben, die neuen Herausforderungen zu bewältigen.¹

Auf dem Weg zur Einheit

Mit dem Fall der Mauer wurde die deutsche wie die europäische Spaltung überwunden. Das Tor zur Einheit wurde in den Novembertagen des Jahres 1989 aufgestoßen. Heute wissen wir, daß der Weg zur Einheit lang ist. Das

gilt für die innere Einheit Deutschlands - und noch viel mehr für die Einheit Europas. Wann wir am Ziel sind, weiß derzeit noch niemand. Wir wissen nur, daß am Ende etwas Neues, uns Unbekanntes stehen wird: keine nach Osten erweiterte größere Bonner Republik, kein um die Völker in der Mitte und im Osten des Kontinents einfach erweitertes Westeuropa.

In dieser Situation müssen sich alle auf den Weg machen - West-, Mittel- und Osteuropäer gemeinsam. Auch den Bürgern der alten Bundesrepublik bleibt nicht erspart, diesen Aufbruch zu wagen. Das beginnt bei der Aneignung geographischer Kenntnisse über weithin vergessene Landschaften und Regionen im Osten - und endet bei den finanziellen Anstrengungen, die für die Herstellung der inneren Einheit notwendig sind.

Mancher möchte da am liebsten den Problemen ausweichen und einfach wegsehen. Seit der Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien wissen wir: Eine Lösung ohne unser eigenes Engagement gibt es nicht. Was immer in Europa geschieht, wir Deutsche geraten unweigerlich in den Sog der Krisen. Auch als Nation können wir nicht so tun, als ob uns das alles nichts angehe. Die Zeiten sind vorbei, als andere - etwa unsere Partner in der NATO, allen voran die Vereinigten Staaten - uns Schutz und Sicherheit garantierten. Während wir in der Nachkriegsepoche uns im Windschatten der Großmächte bequem einrichten konnten, bläst uns jetzt der rauhe Wind der Verantwortung ins Gesicht. Wir sind gefordert, unseren eigenen Beitrag zu leisten - übrigens auch bei der militärischen Befriedung von Konflikten, die jetzt und zukünftig in Europa aufbrechen. Deutschland ist wieder zu einer Zentralmacht geworden. Nachdem die alten Machtblöcke zerfallen sind, hat vor allen Dingen unser Land zukünftig die Verantwortung eines Stabilitätsankers - und zwar im wirtschaftlichen wie im politischen Sinne - inmitten eines Kontinents, der noch lange nicht zur Ruhe gekommen ist. Die Zentrifugalkräfte in Europa nehmen eher zu. Alte, über Jahrzehnte eingefrorene Antagonismen brechen neu auf wie auch ethnische Probleme, die während der Zeit des Kalten Krieges unterdrückt wurden, jetzt wieder an Bedeutung gewinnen.

Um der Bewahrung des Friedens willen muß sich die Rolle Deutschlands in Europa ändern: Von uns hängt ganz entscheidend ab, welche Entwicklung Mittel- und Osteuropa nehmen wird. Haben wir diese Verantwortung schon begriffen?

Deutsche Verantwortung und deutsches Interesse

Angesichts dieser neuen Verantwortung ist in unserem Land alles andere als Euphorie zu spüren. Die Gründe liegen auf der Hand: Allzu offensichtlich sind die Folgen des europäischen Umbruchs: Deutsche Arbeitsplätze wan-

dem aus - in Regionen jenseits unserer Grenzen -, die Steuer- und Abgabenlast des Normalverdieners steigt, das Geld in den öffentlichen Kassen ist mehr als knapp geworden, die grenzüberschreitende Kriminalität in Europa nimmt zu, das Problem der Arbeitslosigkeit bereitet uns Kopfzerbrechen - und am Ende stellt sich Fassungslosigkeit ein, weil wir nicht begreifen können, warum sich zivilisierte Völker mitten in Europa bekriegen, die Russen in Tschetschenien kämpfen und die Serben wehrlose Frauen und Kinder niedermetzeln. Da sehnt man sich gelegentlich gerne zurück in eine Zeit, als die Welt noch kalkulierbar schien.

Aber Nostalgie ist ein schlechter Ratgeber bei der Suche nach Antworten auf die neuen Fragen. Und diese Antworten liegen auf der Hand: Wir, die Deutschen, haben die gemeinsame Grenze mit den Mittel- und Osteuropäern. Auch deshalb kann uns nicht gleichgültig sein, wie die Entwicklung dort verläuft. Wir müssen nüchtern die Gefahr sehen, daß sich heute eine neue Grenze, als Wohlstandsgrenze nämlich, quer durch Europa zieht. Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, hat das unübersehbar schlimme Folgen für uns: Neue Migrationsströme und Wanderungsbewegungen, soziale Krisen, steigende Kriminalität und politische Unsicherheit werden die Folge sein.

Aus diesem Grund gibt es nur eine einzige, wirkliche Priorität der deutschen Politik heute und in den nächsten Jahren: Nämlich zu helfen beim wirtschaftlichen und sozialen Aufbau in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Diese Hilfe muß aktiver ausfallen, als das bisher der Fall war. Wir müssen begreifen, daß es keine Almosen sind, die wir als Aufbauhilfe geben, sondern Vorleistungen, die unserem eigenen langfristigen Vorteil dienen. Je schneller sich die Länder Mittel- und Osteuropas entwickeln, um so eher werden dort Märkte aufgebaut, die auch unserer wirtschaftlichen Entwicklung wieder zugute kommen. Die politische Stabilität und die Vermeidung sozialer Krisen liegen in unserem eigenen Interesse.

Deshalb entspricht im Blick auf die erstrangige Aufgabe deutscher Politik unserer Verantwortung, was in gleicher Weise unseren Interessen dient. Diese neue, innere Kohärenz einer Politik, die Interesse und Verantwortung miteinander verbindet, muß im Mittelpunkt eines neuen politischen Denkens stehen, das bisher nur in ersten Ansätzen zu spüren ist.

Was damit gemeint ist, wird sehr schnell klar im Blick auf die aktuelle politische Debatte in unserem Land. Statt die gemeinsame große Anstrengung zugunsten der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa zu wagen, sind die Zeitungen Tag für Tag gefüllt mit Berichten darüber, wie zähneknirschend und verbissen Besitzstände verteidigt werden, die sich in fünf Jahrzehnten der alten Bundesrepublik entwickelt haben. Wo eine vorausschauende Politik

der Öffnung notwendig wäre, macht sich statt dessen das Bedürfnis nach Abschottung breit. Das gilt in doppelter Hinsicht: Immer wieder erliegen wir der Verführung zu glauben, unsere Wirtschaft vor dem Wettbewerb mit Dritten schützen zu können: Handelshemmnisse, Subventionen und Reglementierungen sind unsichtbare Mauern, die uns vor der Konkurrenz von außen schützen sollen. Eine Politik der Abschottung findet allerdings auch häufig innergesellschaftlich statt, nämlich immer dann, wenn wir als Mitglied einer Interessengruppe gegen den Rest der Bevölkerung unseren Besitzstand verteidigen: als Beamte und Ärzte, als Lehrer und Einzelhändler, als Berufsstand, Arbeitnehmer, Betriebsinhaber, Freiberufler oder Unternehmer, kurz: Wir alle verteidigen unsere größeren und kleineren Privilegien, diese oder jene Sonderregelung und all die kleinen Vorteile und Vergünstigungen, um deren Fortbestand wir fürchten müssen.

Gesellschaftspolitik im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit

Es wäre nicht fair, diese Diagnose mit einem vorwurfsvollen Unterton zu formulieren. Denn sie betrifft uns alle - Politiker und Journalisten selbstverständlich eingeschlossen - und hat zudem einen tieferen Grund in der Erfahrung der Westdeutschen mit der alten Bundesrepublik. Dort war es nämlich über Jahrzehnte hin selbstverständlich, die Erträge, die man Jahr für Jahr erwirtschaftet hat, an sich selbst zurückzuteilen und zu konsumieren. So hat sich eine Wohlfahrtsökonomie entwickelt, die vor allem dem Ziel diente, die individuellen Lebensrisiken mehr oder weniger abzusichern. So wurden Sicherungssysteme aufgebaut, die tendenziell eine umfassende Vollversorgung sicherstellen sollten. Das ist auch nicht weiter verwunderlich in einem Land, das in einem Jahrhundert gleich zweimal die verheerenden Folgen von Inflation und eine völlige Zertrümmerung seiner gesellschaftlichen Ordnung erlebt hat. Und dennoch müssen die Nachwirkungen dieser auf Sicherheit abzielenden Wohlfahrtsökonomie nüchtern gesehen werden: Auf Dauer verursachen sie eine langfristige Entwöhnung von Selbständigkeit und Eigenverantwortung. Jede Sicherheit wird um den Preis einer neuen Abhängigkeit erkaufte. Wo die eigene Kompetenz - an den Staat oder an die Solidargemeinschaft - abgegeben wird, entwickelt sich ein Lebensgefühl, das mehr und mehr dem Wunsch nach Betreuung folgt - und somit nach immer neuen Sicherheiten ruft.

Ganz ähnlich verlief die Entwicklung in der ehemaligen DDR, wenngleich auf einem unvergleichlich niedrigeren ökonomischen und sozialen Niveau. Das Leben war kalkulierbar, bequem und verhältnismäßig sicher, kurzum: Man wußte, woran man war und was man erwarten konnte. Der Preis der

Abhängigkeit war sehr viel höher als in der alten Bundesrepublik. Gleichwohl waren die Lebensrisiken für den, der nicht aneckte, überschaubar.

Hier wie dort, im Westen wie im Osten, war die Verführung zu einem möglichst risikofreien Leben groß. Und deshalb hatte Milan Uhde zweifellos recht, als er unmittelbar nach dem Ausbruch der friedlichen Revolution feststellte, daß wohl selbst Dissidenten in den ehemaligen osteuropäischen Diktaturen darauf hofften, an die Stelle des alten, verhaßten kommunistischen Staates möge nicht die Freiheit, sondern ein neuer, besserer Verwalter und Betreuer treten.

Es ist die Angst vor der Freiheit, die uns soviel Beschwer macht im Umgang mit den Folgen des Umbruchs. So sehr wir die Befreiung in den Tagen der friedlichen Erhebung der Völker Mittel- und Osteuropas begrüßt haben, so sehr beginnen wir jetzt, Freiheit als eine Last zu empfinden. Das wird in so mancher nostalgischen Rückerinnerung an die Jahre vor 1989 deutlich. Während die einen von der damals gewährleisteten Vollversorgung mit Kinderkrippenplätzen schwärmen (ohne sich dabei allerdings an die baulichen, hygienischen und personellen Bedingungen dieser Vollversorgung zu erinnern), träumen die anderen von nahezu kostenfrei gewährten Kuren oder einladenden Vorruhestandsregelungen.

Inzwischen aber wird uns klar, daß die Revolution am Ende des vergangenen Jahrzehnts auch eine moralische Revolution war, nämlich eine Anfrage an unser Verständnis von Staat und Gesellschaft - und zwar in Ost und West. Eben deshalb heißt die Kernfrage heute: Müssen wir nicht alle neu lernen, mit der Freiheit richtig umzugehen? Erkennen wir, daß der drohende finanzielle Kollaps unserer öffentlichen Kassen nicht eine Folge der finanziellen Hilfe in die neuen Bundesländer ist, sondern die unmittelbare Konsequenz einer Lebenseinstellung, die eine immer weiter voranschreitende Verringerung von Lebensrisiken für möglich und bezahlbar hält - bis schließlich die Einführung neuer Technologien an einer restriktiven Gesetzgebung scheitert, weil diese vor allem dem Wunsch nach Risikovermeidung folgt und deshalb lieber den Verzicht auf technologische Innovation in Kauf nimmt, als daß der Gesetzgeber sich eines angeblich verantwortungslosen Umgangs mit schwer kalkulierbaren Folgen schelten ließe?

Umriss eines gesellschaftlichen Umbaus

Diese Fragen zu stellen, heißt im Ergebnis, sich der Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Umbaus zu stellen. Dieser Umbau ist dringend notwendig, und er muß ansetzten an Fehlentwicklungen, die dazu führen, daß unsere ei-

gene wirtschaftliche und soziale Stabilität in einem Europa der offenen Grenzen auf Dauer gefährdet ist.

Einige Stichworte sollen die Richtung solcher Fehlentwicklungen, die jetzt überprüft und berichtigt werden müssen, andeuten: In Deutschland sind - vor allem im Vergleich zu anderen Standorten - die Bedingungen für Investitionen inzwischen eher schlecht. Es gibt zu wenig Existenzgründungen und die Beschaffung des dafür notwendigen Risikokapitals gestaltet sich als ein Hürdenlauf, der viele vor dem Ziel resignieren läßt. Produktionsauflagen sind in der Regel höher als anderenorts, Genehmigungsverfahren zu lang und zu kompliziert, von der Produktion des Faxgerätes bis zur Biotechnologie hat Deutschland aus diesen und anderen Gründen den Anschluß verloren. Vor allem aber gibt es ein Problem, das inzwischen als eine Kernfrage der deutschen Politik bezeichnet werden kann: Die Bruttoarbeitskosten in unserem Land liegen über Gebühr hoch, mit Abstand an der Spitze im weltweiten Vergleich. In vielen Bereichen der Produktion ist Deutschland deshalb nicht mehr wettbewerbsfähig. Ein Beispiel soll das erläutern: Ein Betrieb des Bauhauptgewerbes mit etwa 90 Beschäftigten zahlte im November 1994 an seine Mitarbeiter eine Bruttolohnsumme (einschließlich Weihnachtsgeld) von 881.953 Mark. Davon kamen netto bei den Beschäftigten 380.749 Mark an, das sind genau 43,17 Prozent des Bruttoentgeltes. Ein Jahr später, im November 1995, betrug die Bruttolohnsumme (ebenfalls einschließlich Weihnachtsgeld) 1.044.937,60 Mark. Netto ausgezahlt wurden davon 442.168,09 Mark, also genau 42,32 Prozent. Innerhalb eines Jahres wurde die sowieso schon viel zu tiefe Kluft zwischen Bruttolohnsumme und Nettoeinkommen um fast ein Prozent größer.

Um es im einzelnen zu zeigen: Ein Arbeiter der Steuerklasse III mit zwei Kindern kostete seinen Betrieb im November 1994 genau 13.790,02 Mark (Bruttolohn plus Arbeitgeberbeiträge sowie Zahlungen an die Bauberufsgenossenschaft und Zusatzversorgungskasse), netto ausgezahlt wurden ihm 5.915,24 Mark. 1995 lagen die Zahlen höher: Den Kosten von 14.262,94 Mark standen Nettobezüge von 5.970,66 Mark gegenüber. Immerhin hatte dieser Arbeiter ein Jahr später ein - wenn auch vergleichsweise gering - gestiegenes Nettoeinkommen. Das konnte im gleichen Zeitvergleich der Angestellte mit der Steuerklasse I nicht für sich verbuchen. Seine Nettobezüge lagen im November 1995 mit 5.081,34 Mark unter denen des Vorjahres in der Höhe von 5.175,15 Mark.

Die Zahlen sprechen eine klare, unmißverständliche Sprache: Die realen Einkommen der Arbeitnehmer in Deutschland sind seit Jahren gesunken, die Bruttolohnkosten hingegen kontinuierlich gestiegen. Die Folge ist: Mehr und mehr Arbeitsplätze wandern aus Kostengründen ab. Arbeitsintensive Aufträ-

ge werden ins Ausland vergeben und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird immer aussichtsloser. Damit ist die Diagnose klar: Deutschland ist nicht hinreichend gerüstet für den Wettbewerb. Da helfen auch alle Bemühungen um den Auf- und Ausbau eines sogenannten zweiten Arbeitsmarktes nicht weiter. Wenn die Bruttokosten eines Arbeitsplatzes in Deutschland nicht sinken, wird die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren keineswegs abschmelzen, sondern eher noch weiter anwachsen.

Um den Mißstand an der Wurzel zu packen, müssen zwei schmerzhaft Operationen erfolgen: Der Staat muß seinen eigenen Verbrauch abbauen, um so Kosten und Steuern senken zu können. Gleichzeitig müssen die sozialen Sicherungssysteme ihre Aufgaben ebenfalls begrenzen, damit die Abgabenlast, die jeder Arbeitnehmer (mit seinem Arbeitgeber) zu tragen hat, nicht weiter explodiert.

Viele Wege führen zu diesem Ziel. Im Westen Deutschlands müssen wir lernen, daß ein bestimmter Luxus nicht mehr finanzierbar ist: Maßnahmen, die allein der Verkehrsberuhigung dienen und von denen eine einzige rund 5 Millionen Mark kostet, der Rückbau von Straßen, der aufwendiger ist als die ursprüngliche Baumaßnahme seinerzeit war, die Natursteinverkleidung von Stützmauern und Rathäusern - der Beispiele sind Legion. Man muß nur eine französische Schule oder einen französischen Kindergarten einmal besuchen, um festzustellen, daß manches auch einfacher und preiswerter geht, ohne daß der Qualität Abbruch getan wird. Dennoch wird eine noch so strikte Vermeidung von Luxus nicht die Höhe der Einsparungen erbringen, die notwendig werden. Deshalb geht es im Kern um mehr: Es geht um den Abschied von der Illusion, der Staat könne all überall eine umfassende Betreuung und Vollversorgung garantieren. Aber nicht nur der Staat wird seine Aufgaben begrenzen müssen. Auch die kollektiven Sicherungssysteme werden sich dieser Einsicht beugen müssen.

Dabei wäre es fatal, die notwendig gewordene Umsteuerung nur als Abwehr von Krisen und Fehlentwicklungen zu begreifen. Es geht weit mehr darum, den gesellschaftlichen Umbruch unserer Tage als eine Chance zu erkennen: nämlich unter veränderten, neuen Bedingungen persönliche Verantwortung in einer freiheitlichen Gesellschaft unmittelbar, als individuell und sozial gelebte Wirklichkeit, zu kultivieren und zu fördern. Auch hier können nur Stichworte die Richtung andeuten: Sozialpolitik muß wieder zu einer wirklichen Hilfe zur Selbsthilfe werden, die Sozialhilfe selbst wieder als das gelten, was sie ursprünglich sein sollte: eine neue Chance und keine Lebensart. Arbeitseinkommen und Sozialeinkommen müssen anders und besser miteinander kombiniert werden können. Das Steuersystem ist maßgeblich zu vereinfachen, um den Steuer- und Subventionsbetrug - im Kleinen wie im Gro-

Ben - wirksam bekämpfen zu können. Staatliche Dienstleistungen sind, wo immer möglich, im Wettbewerb mit privat angebotenen Diensten zu erbringen - auch in den Bereichen, in denen dies bisher unüblich war (etwa bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit). Bei Privatisierungsvorhaben im öffentlichen Sektor ist die bisherige Beweislast umzukehren, indem zukünftig bewiesen werden muß, warum eine hoheitliche Wahrnehmung der Aufgabe nach wie vor notwendig ist. Vorgegebene Standards bei Planungen und beim Bau öffentlicher und privater Projekte sind abzubauen - für Straßen und Schwimmbäder ebenso wie für Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser. Leistungen, die von Solidargemeinschaften erbracht werden, sind grundsätzlich über eine - einkommensabhängige - Selbstbeteiligung mit zu finanzieren. Zwischen Grundversorgung und Wahlleistungen ist stärker zu differenzieren. Alternativ zu Systemen der Vollversicherung sind zu verschiedenen Preisen unterschiedliche Sicherungsangebote zu machen - beispielsweise für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: Warum wird dem Arbeitnehmer nicht freigestellt, sich ab dem 1., dem 10. oder dem 15. Tag - bei entsprechend geringerer Versicherungsprämie - gegen dieses Risiko abzusichern? Man kann sicher sein, daß bei einem entsprechenden Angebot die allermeisten Arbeitnehmer eine für sie günstigere Versicherungsoption wählen und dafür zwei oder drei Karenztage in Kauf nehmen.

Die Liste ließe sich fortschreiben. Wer angesichts solcher Vorschläge in das Lamento vom vermeintlichen sozialen Kahlschlag einstimmt, hat nicht begriffen, daß jede Diskussion, die sich in Tabuisierungen flüchtet, auf der Stelle tritt. Und er hat zudem nicht verstanden, welchem Ziel der gesellschaftliche Umbau dienen muß: Dem Ziel nämlich, den einzelnen mit seiner Leistungsbereitschaft besser zu stellen, um den Schwachen auf Dauer wirksam helfen zu können.

Gesellschaftspolitik heißt deshalb heute: Mensch und Gesellschaft müssen ein neues Beziehungsverhältnis zueinander finden. Das aber kann nur gelingen, wenn der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung das soziale Gefüge, in dem Menschen leben, so prägt, daß Verantwortung als elementarer Bestandteil von Freiheit bewußt erfahren und gelebt werden kann.

Das orientierende Leitbild für diesen gesellschaftlichen Umbau scheint mir das Prinzip der Subsidiarität zu sein. Es spricht viel dafür, daß mit diesem Grundsatz ein Schlüssel für die sozialphilosophische Neuorientierung eines Kontinents im Umbruch an die Hand gegeben ist.² Der Gedanke der Subsidiarität teilt in einer Gesellschaft Verantwortung zu: dem einzelnen, dem Staat, den Gruppen und Gemeinschaften. Zugleich baut das Subsidiaritätsprinzip eine Brücke, die individuelles Einzelinteresse und gesellschaftliche Gemeinwohlorientierung miteinander verbindet. Wo sich der Auf- und Umbau frei-

heitlicher Zivilgesellschaften als eine gesamteuropäische Herausforderung stellt, weiß der Gedanke der Subsidiarität den Weg, Freiheit und Verantwortung miteinander in Einklang zu bringen. Denn Subsidiarität meint ja nicht nur, daß kleine Gemeinschaften, wo immer möglich, Vorrang haben vor großen Organisationsformen. Subsidiarität meint eben auch, daß die Unabhängigkeit des einzelnen, seine unmittelbare Zuständigkeit für die Regelung seiner Lebensverhältnisse, seine persönliche Handlungs- und Entscheidungsfreiheit im Mittelpunkt jeder Hilfe zur Selbsthilfe stehen müssen. Aller übergeordneten staatlichen Tätigkeit weist der Gedanke der Subsidiarität Ziel und Maß. Als oberste Maxime einer Ordnungsethik begrenzt Subsidiarität den Umfang staatlichen Handelns, dem sie zugleich Ziel und Auftrag gibt. Sie stärkt Verantwortung, wie sie Verantwortung voraussetzt. Vor allem aber: Die Idee der Subsidiarität fordert nicht nur verantwortliches Handeln, sondern rückt dieses in das unmittelbare Eigeninteresse des Menschen.

Eigenverantwortung als Maxime

Václav Havel bezeichnete einmal das Leben in den kommunistischen Diktaturen als ein Leben der organisierten Verantwortungslosigkeit. Gibt es nicht einen vergleichbaren Befund auch im Westen? Und könnte es nicht sein, daß der Unterschied in der Befindlichkeit in West und Ost mehr ein gradueller denn ein prinzipieller ist, angesichts der Zustimmung, die in Deutschland seit Jahren zugunsten von Gleichheitswerten - bei einer entsprechend geringeren Bevorzugung von Freiheitswerten - gewachsen ist.

Jedenfalls machen eine Vielzahl von Fehlentwicklungen in der alten Bundesrepublik jeden aufmerksamen Zeitgenossen stutzig. Sozialbetrug, Steuerbetrug und Subventionsbetrug zeigen, daß freiheitliche Gesellschaften beschädigt werden, wenn das Interesse des einzelnen und seine Verpflichtung auf das Gemeinwohl kaum noch zur Deckung zu bringen sind. Eine Solidargemeinschaft beispielsweise, die den Mißbrauch nicht bestraft, sondern schlimmstenfalls ignoriert - und vielleicht nicht einmal nachweisen kann -, darf sich nicht wundern, wenn Mißbrauchstatbestände mehr und mehr zunehmen. Sicherungssysteme, die eine zurückhaltende Inanspruchnahme gemeinschaftlicher Leistungen nicht honorieren, sind einer schleichenden Erosion ausgesetzt, bis die Trittbrettfahrer in der Mehrzahl sind und das System insgesamt lahmlegen. Transferleistungen des Staates, die falsche Anreize setzen, führen dazu, daß Einzelinteresse und Gemeinwohl gegeneinanderstehen: In aller Munde ist inzwischen ganz zu Recht der Konstruktionsfehler der deutschen Sozialhilfe, die durch den geringen Vorteil, den die Kombination mit eigener Erwerbsarbeit bringt, tatsächlich davon abhält, ein eigenes Ein-

kommen, das den staatlichen Sozialtransfer und damit die Allgemeinheit entlasten könnte, zu erzielen. Es ist kein Einzelfall, daß in Regionen mit 10, ja 16 Prozent Arbeitslosigkeit offene Stellen nur schwer, manchmal auch gar nicht besetzt werden können.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Es geht hier nicht um das Auskundschaften von Sündenböcken und schon gar nicht um die Lufthoheit über den Stammtischen. Es geht um die Konstruktionsprinzipien unserer Gesellschaft, die beispielsweise ganz selbstverständlich vorsehen, daß ein Durchschnittsverdiener gut fünfundzwanzig Jahre arbeiten und Rentenversicherungsbeiträge zahlen muß, bevor er ein Rentenniveau erreicht, auf das der Sozialhilfeempfänger ohne Arbeit einen Rechtsanspruch hat. Es geht um die Folgen solcher Konstruktionsprinzipien in der Wirklichkeit, die durch sie ausgelöste Dämpfung von Leistungsbereitschaft, einen durch sie verursachten Mißmut und den von ihnen begründeten Anreiz, Abhängigkeit von staatlicher Hilfe nicht gerade als unangenehm zu empfinden.

Im Ergebnis jedenfalls zeigt unsere Gesellschaft eine Vielzahl von Tatbeständen, die darauf hindeuten, daß sich eher eine Flucht aus der Selbstverantwortung ankündigt, als daß umgekehrt der Freiheitsimpuls der friedlichen Revolution unser Denken auf Dauer prägt.

Im Westen - und, graduell verschieden, auch im Osten - sind in den Nachkriegsjahrzehnten Gesellschaftsordnungen entstanden, die das Risiko und die Anstrengung eigener Verantwortung dem einzelnen immer mehr abgenommen haben. Die zwingende und unausweichliche Folge des dadurch von Jahr zu Jahr steigenden Finanzierungsbedarfs war, daß Steuern und Abgaben kontinuierlich wuchsen. Heute dient die Höhe der Steuern und Abgaben selbst als Begründung für eine umfangreiche Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen: Wer knapp die Hälfte seines Einkommens an den Staat (und die verschiedenen Sicherungssysteme) abgibt, empfindet ganz zu Recht einen Anspruch auf angemessene Gegenleistung. Verdruß macht sich dann sehr schnell breit: Der Versicherte rechnet nach, welche Leistungen der Krankenkasse seinen jährlichen Beitragszahlungen gegenüberstehen; der Steuerbürger hat kein Verständnis dafür, daß, nachdem sein Auto aufgebrochen wurde, die Polizei noch nicht einmal die Spurensicherung schickt; wenn eine geringfügige bauliche Veränderung ein aufwendiges Genehmigungsverfahren - mit saftigen Gebührensätzen - in Gang setzt und die organisierte Kriminalität zunimmt, während der Autofahrer auf einer schnurgeraden Straße mit 70 Stundenkilometern in die Radarfalle fährt und kräftig zur Kasse gebeten wird. Oder ein anderes Beispiel: Gelegentlich ist es sehr heilsam, einem selbständigen Handwerksmeister zuzuhören, wenn dieser seine Bemühungen

erzählt, angesichts einer hohen örtlichen Arbeitslosigkeit gelernte oder ungelernete Kräfte für seinen Betrieb zu gewinnen und dabei erfolglos bleibt. Solche Erfahrungen zersetzen auf Dauer eine freiheitliche Ordnung, weil sie den Zusammenhang von Eigenverantwortung und Gemeinwohlorientierung zerstören. An eben diesem Punkt setzt das Prinzip der Subsidiarität ein, indem es persönliche Verantwortung in das unmittelbare Eigeninteresse des Menschen rückt. Genau hier muß ein Programm des Umbaus freiheitlicher Gesellschaften anknüpfen. Um es in einem Satz zu sagen: Nur wenn dem einzelnen vom Staat mehr belassen wird, also Steuern und Abgaben sinken, wird der Appell fruchten, sich der eigenen Verantwortung stärker bewußt zu werden. Und umgekehrt gilt: Nur wenn wegen sinkender Einnahmen des Staates und der Sicherungssysteme Leistungen eingefroren oder gar abgebaut werden müssen, wird ein Anreiz entstehen, sich mehr um die eigenen Belange zu kümmern. Und schließlich: Nur wenn die Verführung nicht mehr besteht, scheinbar bedürftig zu werden, um staatliche Hilfe zu erhalten, wird es auf Dauer möglich sein, den tatsächlich Bedürftigen die Unterstützung zu geben, die diese allemal erhalten müssen.

Die Vision der Verantwortungsgesellschaft

Der Umbau zur Verantwortungsgesellschaft stellt sich demnach als eine gesamteuropäische Aufgabe. Er ist keineswegs nur ein Auftrag an die Mittel- und Osteuropäer nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Bei Licht betrachtet stehen auch die westeuropäischen Gesellschaften - und die alte Bundesrepublik zumal - vor dieser Herausforderung. Der Gedanke der Verantwortungsgesellschaft zielt in diesem Zusammenhang auf eine Ordnung, die jeden einzelnen, sofern er sich verantwortlich im Sinne des Gemeinwohls verhält, dafür nicht bestraft, sondern im Gegenteil das Interesse des einzelnen mit der Unterstützung des Gemeinwohls verbindet. Von dieser Maxime hat sich auch die Gesellschaft der alten Bundesrepublik ziemlich weit entfernt. So muß zum Beispiel ein Facharbeiter heute rund fünf Zeitstunden arbeiten, um sich mit seinem ihm entsprechend verbleibenden Nettoverdienst eine einzige Bruttozeitstunde zurückkaufen zu können. Das Ergebnis kann wenig überraschen: Die Flucht in die Schwarzarbeit erscheint vielen angesichts solcher Umstände nicht mehr als unmoralisch. Die wettbewerbsfähige Sicherung von Arbeitsplätzen wird zudem auf diesem Wege auch nicht gerade verbessert. Die Folgen sind leicht vorhersehbar: Während die Arbeitslosigkeit steigt, sinken die Einnahmen des Staates und der Solidargemeinschaften, gleichzeitig wachsen die Ausgaben entsprechend der größer werdenden Zahl

der Hilfeempfänger - und entweder eine steigende Verschuldung oder eine erneute Erhöhung von Steuern und Abgaben ist die Folge.

Dieser unversehens einsetzende Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, indem zunächst die Steuer- und Abgabenlast des einzelnen gesenkt wird. Gleichzeitig muß der Staat - angesichts der Höhe seiner heutigen Gesamtverschuldung - seine Aufgaben kritisch überprüfen und zurückführen. Gleiches gilt für alle Systeme der kollektiven Sicherung. Statt aber beherzt diese Aufgabe anzugehen, leidet der Staat bis heute an dem Vertrauen in die vermeintliche Unerschöpflichkeit seiner Ressourcen.

Deshalb gehört zu den wenigen zentralen Fragen unserer Zeit die Aufgabe, den Wirkungskreis des Staates und die von ihm ausgehende Regelungsichte in unserer Gesellschaft neu zu vermessen. Welche Aufgaben der Staat selbst zu erfüllen hat, ist eine von Generation zu Generation neu zu beantwortende Frage. Je länger wir uns um eine Antwort herumdrücken, um so mehr wachsen uns die Probleme über den Kopf. Dabei wissen alle: Letzte Sicherungsgarantien kann der Staat so wenig geben, wie Vollkaskosysteme der sozialen Sicherung auf Dauer Bestand haben können und finanzierbar bleiben.

Die hier beschriebenen großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen stellen sich als eine allen Europäern gemeinsame Aufgabe und darüber hinaus in durchaus vergleichbarer Weise auch hinsichtlich der zukünftigen inneren Ordnung der Europäischen Union. Deutsches Interesse und deutsche Verantwortung geben der Dringlichkeit der Osterweiterung der Union ein besonderes Gewicht. Dabei kommt es entscheidend darauf an, in der politischen und gesellschaftlichen Debatte weniger - wie gemeinhin üblich - über die Unterschiede zwischen West- und Osteuropa zu spekulieren, als vielmehr die Vergleichbarkeit der Aufgaben und Probleme in den Vordergrund zu stellen. Natürlich soll gar nicht bestritten werden, daß es tiefgreifende Unterschiede in der Problembeschreibung zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil des Kontinents gibt. Aber der Blick auf diese Unterschiedlichkeiten kann zu einem fatalen Mißverständnis führen, wenn nämlich die allen Europäern gemeinsame Chance des Umbruchs verkannt wird. Ganz Europa ist auf der Suche nach einer neuen gesellschaftspolitischen Ordnung, die eine Balance zwischen Freiheit und Betreuung, Selbstverantwortung und Gemeinwohl verspricht. Der Umbau zur Verantwortungsgesellschaft ist in Tat und Wahrheit eine gesamteuropäische Antwort auf die Herausforderungen des Umbruchs.

Chancen des Umbruchs

Politik und Gesellschaft in Deutschland haben gerade erst damit begonnen, sich mit dieser Aufgabe auseinanderzusetzen - als Folge einer friedlichen Revolution und als Konsequenz von Veränderungen, die Europa nach dem Zusammenbruch der Diktaturen in die Freiheit zurückführen. Die schwierigen ökonomischen Probleme einer den ganzen Kontinent erfassenden Strukturkrise und die Notwendigkeit einer Neubegründung freiheitlicher Gesellschaftsordnungen lassen sich auf diesen gemeinsamen Bezugspunkt zurückführen, nämlich die zentrale Frage nach dem Preis der Freiheit. So sehr es zutrifft, daß nur eine freie Gesellschaft auf Dauer überlebensfähig ist, so sehr hängt gerade diese Überlebensfähigkeit von der Einsicht ab, daß es Bestandsbedingungen von Freiheit gibt, die nicht zur Disposition stehen dürfen. Zum Preis der Freiheit gehört unverrückbar auch die Anerkennung der Ungleichheit: Wer weniger reglementiert, wer mehr Luft zum atmen läßt, wer mehr Spontaneität und Kreativität will, mehr Existenzgründungen, mehr Risikobereitschaft, mehr Eigenverantwortung und mehr Selbständigkeit - um nur einige Forderungen aus der aktuellen politischen Debatte zu nennen -, der muß bereit sein, den Bedrohungen einer freiheitlichen Demokratie durch eine Übertreibung ihrer eigenen Prinzipien zu begegnen. Zu diesen Bedrohungen gehört - das sei hier nur beispielhaft gesagt - die gefährliche Entwicklung vom Rechtsstaat zum Rechtsmittelstaat ebenso wie die trügerische Vorstellung vieler Politiker, die Menschen seien zu unmündig, als daß man sie sich selbst überlassen könnte. Die Konzeption einer Verantwortungsgesellschaft ruft das Individuum in seine Souveränität zurück und fordert den Bürger dazu auf, seine Interessen zu verfolgen und - im Rahmen der gesellschaftlichen Ordnung - gerade dadurch und im Zusammenwirken mit anderen seiner Verantwortung gerecht zu werden. Verantwortung in diesem Zusammenhang meint keineswegs eine altruistisch überhöhte Moral, sondern im Gegenteil die ökonomisch vorteilhafte Sorge des einzelnen für sich selbst.³

Was für eine Verantwortungsgesellschaft freier Bürger gilt, hat uneingeschränkt Bedeutung auch für eine Verantwortungsgemeinschaft demokratischer Staaten. Die Zusammenarbeit zwischen Demokratien gründet auf der Erkenntnis der eigenen Interessen, die eine gemeinschaftliche Verantwortung für die Sicherung von Frieden und Freiheit bewirkt. Eben deshalb ist die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten von so großer Dringlichkeit - und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung keine Frage romantischer Problemflucht, sondern das nüchterne Gebot einer Völkergemeinschaft, die den äußeren und inneren Frieden auf Dauer begründen will.⁴

In seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates im Mai 1990 erinnerte Václav Havel an den Traum der Menschen, denen die Sehnsucht nach Freiheit einen auch durch Diktatur und Terror unverwüstlichen Lebenssinn gab. "Wir dachten nach und träumten. Wir träumten, sei es im Gefängnis oder außerhalb, selbstverständlich von einem Europa ohne Stacheldraht und hohen Mauern, ohne künstlich geteilte Völker und gigantische Munitionslager... Von einer europäischen Politik, die auf der Achtung vor den Menschen und seinen Rechten gegründet ist." Dieser Traum ist Wirklichkeit geworden - aber eine mehr als zerbrechliche Wirklichkeit. Es lohnt sich, diesen Traum weiter zu träumen - und deshalb für eine Wirklichkeit einzustehen, die alle Europäer vor eine große historische Aufgabe stellt. Zu bewältigen ist diese Aufgabe nur, wenn wir die Kraft haben, unser politisches Denken zu erneuern. Nur dann nämlich werden wir den materiellen wie den geistigen Herausforderungen in einem befreiten Europa gewachsen sein.

Anmerkungen

- 1 Diese Überlegungen folgen in ihren Grundzügen einer vertiefenden Darstellung, die sich bei Christoph Böhr, *Der schwierige Weg zur Freiheit. Europa an der Schwelle zu einer neuen Epoche*, 2., verb. u. erw. Auflage, Bonn 1995, insbes. S. 23 ff. u. S. 92 ff., findet.
- 2 Vgl. Anton Rauscher, *Die Tragweite des Subsidiaritätsprinzips. Zur Diskussion in Deutschland und Europa*, in: *Die Neue Ordnung*, 50. Jg., 1996, H. 4, S. 277 ff.
- 3 Vgl. dazu Karl Homann, *Die moralische Qualität der Marktwirtschaft*, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, 20. Jg., 1994, S. 15 ff.
- 4 Dazu Christoph Böhr, *Was wollen wir - Maastricht oder Sarajevo?*, in: *Rheinischer Merkur* v. 14. Juli 1995.

Zur Person des Verfassers

Christoph Böhr, MdL, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz.